

7./III. 1919

7
57

Aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses.

• Weimar, 6. März. (Telegr.) Der Reichswirtschaftsminister machte in der gestrigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses u. a. noch folgende Ausführungen (vgl. Nr. 170): Die Rohstoffe, deren wir zur industriellen Betätigung benötigten, seien fast restlos erschöpft. Die Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung seien außerordentlich groß. Die Vorarbeiten der früheren Reichsregierung seien auf ganz andern Voraussetzungen aufgebaut gewesen. Es hätten ganz neue Erhebungen angestellt werden müssen, um den Friedensunterhändlern das notwendige Material zu geben. Man könne nicht ausdrücklich genug betonen, daß man die wirtschaftlichen Zustände der Zeit vor 1914 in Deutschland nicht wiederherstellen könne. Das wirtschaftliche Friedensproblem sei sehr ähnlich dem wirtschaftlichen Kriegsproblem Deutschlands. An die Stelle der Handelsblockade sei gewissermaßen innere Verarmung getreten. Zusammenfassung der Kräfte in einer deutschen Gemeinwirtschaft müsse erstrebt werden. Aber auch das in der Revolution elementar hervorgeforderte Verlangen nach einer als höher erkannten sozialistischen Wirtschaftsordnung weise auf ein Durchdringen des Wirtschaftslebens mit sozialistischen Prinzipien hin. Die Kriegswirtschaft sei schließlich zu einem großen polizeistaatlichen Gebäude geworden, wobei zentrale, mehr oder weniger bürokratisch geleitete Bewirtschaftungsstellen die gesamte Wirtschaft mit einem Netz von Verfügungen und Strafbestimmungen durchwoben. Man müsse so bald wie möglich zu einer von unten auf den lebendigen Kräften des Wirtschaftslebens aufgebauten Selbstverwaltungsorganisation der Gemeinschaft gelangen. Jedes Glied dieser Organisation solle sich zu seinem Teil an dem Gedeihen der gesamten deutschen Wirtschaft mitverantwortlich fühlen. Als Träger solcher Verantwortlichkeit werde in Zukunft die Arbeiterschaft an der Wirtschaftsgestaltung teilnehmen. Dieses Mitbestimmungsrecht werde niemand mehr der deutschen Arbeiterschaft bestreiten wollen. Der Minister ging dann in vertraulichen Ausführungen näher auf den Stand unserer Zahlungsbilanz ein und betonte auch unter diesem Gesichtspunkt die Notwendigkeit, alle privaten Interessen den sozialen Interessen unterzuordnen. Bestimmung der Linien, in denen sich unsere Ein- und Ausfuhrpolitik zu bewegen habe, solle man unter der obersten Leitung des Reichswirtschaftsministeriums den Selbstverwaltungsorganen überlassen. Der Minister schloß damit, daß wir den Krieg verloren hätten, weil wir die heimische Kriegsbeschäftigung allzusehr auf dem Egoismus aufgebaut hätten. Wir müßten auch im Wirtschaftsleben den Weg zur Pflicht gegen die Gesamtheit zurückfinden.

Dr. Roeth gab am Schluß seiner Ausführungen seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß man mit Vorwürfen gegen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht mehr weiterkomme. Das bisher vernüchte Einbringen in das Wesen der Revolution und eine objektive Beurteilung der durch den Krieg geschaffenen Lage gäben den Schlüssel zu dem Verhalten der beiden Gruppen. Man habe sich endlich mit den aus dem Verlust des Krieges und aus der Revolution geschaffenen Tatsachen abzufinden. Nicht das Suchen nach neuen Wirtschaftsformen sei nach seiner persönlichen Meinung die gegenwärtige Aufgabe, sondern man müsse in gegenseitiger Verständigung, wenn nötig, unter Geltendmachung der staatlichen Autorität, als erstes die Ruhe schaffen, die allein einen freudigen Arbeitswillen in allen Schichten hervorbringen könne. Nicht zu erreichen sei dies jedoch, ohne weit mehr als bisher einzusehen, daß Arbeiter und Unternehmer in dem modernen Arbeitsprozeß gleichwertige Faktoren sind, denen insolgedessen auch gleiche Rechte gebührten.

Sodann berichtet Abg. Schiele über Arbeitsrecht und Landwirtschaft. Während in der Industrie die Situation beherrscht werde vom Kohlenmangel, Mangel an Rohstoffen und Transportschwierigkeiten, und während sich hier und in den großen Städten das Heer der Arbeitslosen von Tag zu Tag vermehre, sei in der Landwirtschaft durchweg Mangel an Arbeitskräften zu beklagen. Sowohl für männliche wie für weibliche Personen sei hier eine Fülle von Arbeitsgelegenheiten. Das Haupthindernis für den Ausgleich zwischen den Arbeitslosen der Großstädte und Industriezentren mit dem Lande liege in der Arbeitslosenunterstützung und in der durch sie hervorgerufenen Unlust zur Arbeit. Verschärft werde die Situation durch die Streikbewegungen. Dringendste Arbeiten warten in der Landwirtschaft auf Erledigung. Auf den großen Gütern liegen z. B. die Kartoffelmieten noch unberührt. Nicht jeder städtische Arbeiter sei für landwirtschaftliche Arbeiten geeignet. Es würde oft einer geringen Leistung ein übermäßig hoher Lohn gegenüberstehen. Die Landwirtschaft bedürfe nach angestellter Schätzung der sofortigen Einstellung von 400 000 Arbeitern und Arbeiterinnen. Wir brauchten zu diesem Zweck ein geordnetes Netz von Arbeitsnachweisen, die in den Landwirtschaftskammern zusammenlaufen würden. Wir brauchten ferner geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es müßten Tarifverträge unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse aufgestellt werden. Als Anreiz für den städtischen Arbeiter, auf das Land zu gehen, könnte ein bei einer öffentlichen Stelle einzutragendes Guthaben von etwa 150 M anzuweisen sein, das bei mindestens sechsmonatiger Arbeitsleistung dem Arbeiter zufallen würde. Von größter Bedeutung aber wäre es, daß alle auf das Land ziehenden Arbeiter gleiche Rationen zu ihrer Ernährung zugebilligt erhielten, wie sie die Selbstversorger des Landes bezögen.

Der Wirtschaftsausschuß der Nationalversammlung setzte am Donnerstag die Beratung der Landarbeiterfrage fort. Ein Vertreter des Demobilisierungsamtes setzte auseinander, daß die Landwirtschaft nur verhältnismäßig wenige polnische Arbeiter erhalten werde, was im Interesse des Rübenbaus sehr zu bedauern sei. Die hohen Löhne der Eisenbahnnotstandsarbeiter auf dem Lande zögen die Landarbeiter an. Gegenmaßnahmen seien bisher erfolglos geblieben. Der Beschaffung von Kleidung für Landarbeiter würde volle Aufmerksamkeit geschenkt. Zur Überführung von weitem Arbeitskräften zur Landwirtschaft, werde eine großzügige Werbung einsetzen. Umzugskosten für die Familien sollen ersetzt, den Arbeitern auch Land überwiesen werden. Die Rassen der Siedlungsgesellschaften sollen für jeden Arbeitslosen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge einen Beitrag von 150 Mark gutschreiben, worüber nach ein bis zwei Jahren nach Belieben verfügt werden könne. Die praktische Ausführung des Siedlungsgesetzes werde den Landesbehörden obliegen, wenn auch das Gesetz selbst aus einem Guß sei und das ganze Gebiet großzügig erfassen werde.

In einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde auf etwa fünf Verordnungen verwiesen, die sich auf das Kapitel Arbeitsmarkt und Landwirtschaft beziehen. Diese Verordnungen der seitherigen vorläufigen Regierung sollen dem Ausschuß baldigst vorgelegt werden. Abg. Blum (Ztr.) betonte, die Erzeugung könne in Land- und Forstwirtschaft noch erheblich gesteigert werden, wenn eine praktische Auswahl der Arbeitskräfte erfolge und günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährt würden. Die Arbeitsnachweise müßten mehr dezentralistisch arbeiten. Am besten sei zunächst, für die Kleinbetriebe zu sorgen und nach Möglichkeit jüngere Leute auf das Land zu verpflanzen. Die Beschaffung von Siedlungen bzw. Wohnungen, sei jetzt außerordentlich schwer, die Kosten unerschwinglich hoch. Vielfach seien aber noch Wohnungen vorhanden. Sorge man hier für die erforderlichen Reparaturen und für ausreichende Ernährung, dann spiele die Lohnfrage eine Nebenrolle. Die Städte hätten vor dem Krieg durchweg eine großzügige Bodenpolitik getrieben.